Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38 u. in den Nebenannahmestellen von Vorm. 8 bis 5 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11—½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 1 spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten u. d. g.), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd mit 10 Pf. berechnet. Für stehende eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: **Amt I Nr. 11 u. Nr. 8096.** Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstrasse, Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. 8 Mal patentirt, 80,000 Stück in Function. Kostenfreie Probe. Geräuschlose **Thürschliesser.** Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! **Friedrich Gappisch** Königl. Hofl. Installateur, DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben, Fabrik: Fischhofplatz.

Arthur Schmidt, Drogengeschäft Reisewitzerstr. 31 **Dresden-Löbtau** Reisewitzerstr. 31. Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten."**

Alle technischen Waaren von **Gummi u. Asbest** *Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen,* Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort Gummifabrik **Reinhardt Leupolt, Dresden-A.,** Wettinstr. 36 Tel. 283.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager **Papier-Grosshandlung** **Am See 16** parterre u. 1. Etg. Bedeutendstes Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Canzleipapiere, Schulliniaturen, Behördenpapiere, Couverts und Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Rollen, sowie aller in das Fach einschlagender Artikel. Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

ff. Konfirmanden-Anzugsstoffe in schwarz u. dunkelblau Mtr. M. **4,50** bis M. **8,50** empfehlen **C. H. Hesse Nchf.** (Inh. Krüger & Reich) **Marienstr. 20** (3 Raben).

Nr. 35. Spiegel: Versöhnungsversuch in Oesterreich. Hofnachrichten. Landtag, Familienanwartschaften, Handels- und Gewerbekammer, Baumwärterkurse, Gerichtsverhandlungen. „Schluck und Jan". | Muthmaßl. Witterung: Nebel, trüb. | **Dienstag, 6. Februar 1900.**

Der neue Versöhnungsversuch in Oesterreich.

Gestern haben in Wien die deutsch-czechischen Verständigungs-Konferenzen begonnen. Die Tragweite dieser von dem neuen Kabinet Koerber eingeleiteten nationalen Versöhnungsaktion kann dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß zur Zeit der Kohlenarbeiter-Ausstand mit seinen die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung und fast alle Produktionszweige unmittelbar berührenden Wirkungen und die allgemeine Wohlfahrt bedrohenden Gefahren das öffentliche Interesse vornehmlich in Anspruch nimmt. Bei diesem Ausstand, so schwere Sorgen er auch augenblicklich bereitet, handelt es sich doch schließlich nur um eine vorübergehende Erscheinung, während das Verständigungswerk, das die Regierung zu Stande zu bringen bemüht ist, eine Frage betrifft, von deren Lösung die weitere Entwickelung der gesammten innerpolitischen Verhältnisse der cisleithanischen Reichshälfte bedingt bleibt. Scheitert der erneute, von dem Ministerium Koerber sicherlich mit ehrlichem Wollen und im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit unternommene Versuch, in Oesterreich endlich zum nationalen Frieden zu gelangen oder doch wenigstens durch einen Waffenstillstand die Brücke zu bauen, um eine wesentliche Milderung der nationalen Streitigkeiten zu erzielen und so weitere Krisen und Erschütterungen zu verhüten, so würde wiederum auf unabsehbare Zeit hinaus die Hoffnung, im Innern dauernd gedeihliche Zustände zu schaffen, zu nichte werden.

Das weiß die Regierung; darum hat sie sich als erste Aufgabe gestellt, die Versöhnung zwischen den Deutschen und Czechen anzubahnen und zu sichern. Vor Allem ist auch der Träger der habsburgischen Krone von der unumgänglichen Nothwendigkeit der Herstellung des nationalen Friedens durchdrungen. Er hat keinen Zweifel gelassen, daß es sein höchster Wunsch und Wille ist, den Abgrund des deutsch-czechischen Sprachenstreites zu überbrücken und zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren. In Kaiser Franz Josef verkörpert sich der österreichische Staatsgedanke und die Einheit, Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit der wichtigsten Interessen, welche die beiden Hälften der habsburgischen Monarchie mit einander verknüpfen. Sein wiederholter Appell, die nationalen Kämpfe zu beenden und zur Ruhe und Ordnung zurückzukehren, um dann die Kräfte zur Förderung und zum Gedeihen des Staates zusammenzufassen, erfolgt unter dem obersten Gesichtspunkt, der auf die allen österreichischen Volksstämmen gemeinsamen Lebensbedingungen gerichtet ist. Selbst dem dualistischen Gefüge der Monarchie drohen Gefahren, wenn die innerpolitische Krisis in Oesterreich fortdauert und so das Unheil, das durch die nationalen Kämpfe bereitet worden ist und bereits in der Lockerung und Auflösung der staatserhaltenden Faktoren erkennbar wird, vergrößert. Die Voraussetzungen des dualistischen Bestandes Oesterreich-Ungarns bilden arbeitsfähige Parlamente in beiden Reichshälften. Die dualistische Verfassung wird in Frage gestellt, wenn der österreichische Parlamentarismus die ihm gestellten Aufgaben nicht mehr zu lösen vermag. Es kann dem Gesammtwohle des habsburgischen Reiches nicht frommen und insbesondere liegt es auch nicht im Interesse der Krone, das Uebergewicht Ungarns noch weiter auf Kosten Cisleithaniens zu verstärken. Das muß aber unfehlbar geschehen, falls der deutsch-czechische Ausgleich scheitert und die Obstruktion, welche die Lebensthätigkeit des Wiener Reichsraths lähmt, nicht beseitigt werden kann. Die Arbeitsunfähigkeit des österreichischen Parlaments und die sich daraus ergebende, mit dem Geiste der Verfassung nicht vereinbare Herrschaft des § 14 in Oesterreich haben die Vertretung der wirthschaftlichen Interessen der Monarchie der Budapester Regierung fast vollständig überliefert. Allen Volksstämmen der cisleithanischen Hälfte muß daran gelegen sein, den entgleisten österreichischen Konstitutionalismus wieder auf die Schienen zu stellen; denn der Zeitpunkt, wo die Verhandlungen über die neuerliche Regelung der wirthschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Reichshälften aufgenommen werden müssen, rückt immer näher, und wenn der Wiener Reichsrath nicht bald wieder aktionsfähig gemacht werden kann, so erscheint eine wirthschaftliche Katastrophe unabwendbar.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs leiden ohnehin schon schwer unter den Folgen der nationalen Kämpfe und der damit verbundenen gesetzlosen Zustände. Das neue Kabinet hat sich daher programmatisch das Ziel gesetzt, durch die Beilegung des deutsch-czechischen Sprachenstreites die Möglichkeit zu schaffen, hauptsächlich alle auf die Hebung und Erweiterung der Produktion gerichteten Bestrebungen zu pflegen und zu fördern. In den gewerblichen und industriellen Kreisen der Bevölkerung, die besonders schwer die wirthschaftliche Stagnation empfinden, herrscht ein aufrichtiges Friedensbedürfniß und aus den Mittelpunkten des industriellen Lebens und aus dem Schooße der vornehmlich zur Vertretung und Wahrung der wirthschaftlichen Interessen berufenen Körperschaften geben sich die Forderungen nach Wiederkehr geordneter Verhältnisse und Wiederaufnahme positiver Arbeiten immer lauter kund.

Man sollte also hiernach meinen, daß die Verständigungs-Konferenzen, die gestern in Wien eröffnet worden sind, ihre Arbeiten mit den günstigsten Aussichten beginnen, da sich keiner der Theilnehmer des Ernstes der Lage und der Schwere der Verantwortlichkeit, die er übernimmt, entziehen kann. Einen Gewinn aus dem Scheitern der Versöhnungsaktion würde nur der politische Radikalismus haben, der außer Stande ist, seinen Parteistandpunkt und die zumeist egoistischen und persönlichen Interessen seiner Führer dem allgemeinen staatlichen Wohle unterzuordnen und dessen Ohnmacht offenbar werden müßte, sobald er sich zu positiver Mitarbeit verurtheilt sehen würde und auf die berufsmäßige Schürung der Unzufriedenheit verzichten sollte. Nur bei der Fortdauer der nationalen Gehässigkeiten und Leidenschaften vermögen die extremen Elemente im Lager der Deutschen wie der Czechen ihre agitatorischen Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Wird der deutsch-czechische Streit beigelegt, so würden ihr Ansehen und ihr Einfluß, der gegenwärtig beständig wächst, naturgemäß wieder schwinden. Die Vertreter der radikalen Gruppen haben daher folgerichtig die Theilnahme an den Verständigungs-Konferenzen abgelehnt. Die deutschen Radikalen haben dies damit begründet, daß ohne die vorherige gesetzliche Festlegung der deutschen Staatssprache die Verhandlungen zwecklos seien. Nun liegt auf der Hand, daß eine solche Festlegung nicht eher stattfinden kann, als bis das österreichische Parlament als einer der Faktoren, der dabei verfassungsgemäß mit zu sprechen hat, wieder in den Stand gesetzt ist, die ihm zustehende gesetzgeberische Arbeit zu leisten. Das soll aber erst durch die Verständigungs-Konferenzen und die hierdurch zu erzielende Beilegung des nationalen Streites ermöglicht werden. Auch was die czechischen Radikalen zur Begründung ihres ablehnenden Beschlusses anführen, ist nur ein leerer Vorwand, um ihre grundsätzliche Abneigung gegen die Verständigungsversuche zu verschleiern. Sie erklären, daß ein Ausgleich nur auf staatsrechtlicher Grundlage geschaffen werden könne, übersehen aber dabei, genau wie die Führer des deutschnationalen Radikalismus, daß die unerläßliche Voraussetzung hierfür die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes ist. Vielleicht ermöglicht indeß gerade die Nichtbetheiligung der Führer des Radikalismus an den Konferenzen eine Verständigung und rechtfertigt die Behauptung des früheren jungczechischen Finanzministers Dr. Kaizl, daß die Deutschen und die Czechen in materieller Beziehung nur noch eine „papierdünne Wand" trenne.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Februar.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Etatberathung fort. Bei dem Etat der Lotterieverwaltung empfahl Abg. Dr. Arendt (freikons.) reichsgesetzliche Organisation des Lotteriewesens. Unterstaatssekretär Lehnerdt erwiderte, daß bezügliche Versuche bisher erfolglos gewesen seien. Abg. Bleß (Centr.) verlangte Aufhebung aller Staatslotterien. Abg. Freiherr v. Heereman widersprach dem, weil sonst der Spielsucht im Geheimen mehr gefrönt würde. Bei dem Etat der Seehandlung wünschte Dr. Arendt Besetzung des Amtes eines Präsidenten der Seehandlung mit einer kaufmännischen tüchtigen Kraft, bei dem Etat der Münzverwaltung vermehrte Ausprägung von Zehnmarkstücken und bei dem Etat des „Reichs- und Staatsanzeigers" Herabsetzung der Insertionsgebühren. Dann wurde die am Donnerstag abgebrochene Berathung des Bergwerksetats beim Titel „Löhne" wieder aufgenommen. Abg. Dasbach (Centr.) griff das Unternehmerthum scharf an, das durch nachlässige Handhabung der Schutzvorschriften und zu lange Schichten Unfälle in der Grube „Borussia" verschuldete, und verlangte schärfere Strafen gegen fortgesetzte Verletzung gewerberechtlicher Vorschriften und Einführung von Arbeitsausschüssen auf allen Gruben. Abg. Dr. Schulz-Bochum (nl.) stellt fest, daß Dasbach dieselben Behauptungen über die Ursachen des Unglücks auf der Grube „Unser Fritz" hier wiederholt habe, wegen deren der Redakteur der „Bergarbeiterztg." gerichtlich bestraft worden sei. Minister Breitenbach erklärte, daß seitens der Regierung Alles geschehe, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu sichern. Für Einsetzung von Arbeiterdelegirten fehlten zur Zeit noch die Vorbedingungen. Abg. Lohmann (nl.) empfahl die Wahl einer Behörde nach Art der Gewerbegerichte, bestehend aus je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Abg. Dr. Hirsch (freis. Volksp.) verlangte Betheiligung der Arbeiter an der Grubenkontrole und rechtfertigte die Agitation zur Erzielung höherer Löhne. Abg. Iffmer (freikons.), Schmieding (nl.), v. Bockelberg und Gelitzsch (kons.) wandten sich gegen die Vorschläge des Dr. Hirsch, die unpraktisch seien und nur zu einer Ausbreitung der Sozialdemokratie führen würden. Der Titel „Löhne" wurde bewilligt. Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Besuch des Prinzen Heinrich am Wiener Hofe wird nur einen Tag dauern. Prinz Heinrich gedenkt am 10. ds. M. in Wien und am nächsten Tage Nachmittag in Berlin einzutreffen. — Zu Ehren von Dr. Leyds fand am Sonnabend Abend bei Dr. Schrödter-Poggelow ein Festmahl statt, an dem u. A. der Herzog-Regent Johann Albrecht von Mecklenburg, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg und die Reichstagsabgeordneten Graf Arnim, v. Kardorff und Dr. Arendt theilnahmen. — Zum Empfange des Prinzen Heinrich wird von der Bürgerschaft der Stadt Kiel ein Festzug geplant, an dem sich mit Ausnahme der Universität sämmtliche Vereine und alle Schulen betheiligen werden. Um womöglich allgemeine Betheiligung herbeizuführen, ist der Festtag auf den Sonntag gelegt worden. — Der Kaiser und der König Albert von Sachsen haben dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein für Monat Mai einen Jagdbesuch auf Schloß Primkenau in Aussicht gestellt. — Finanzminister v. Miquel nahm an der heutigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums noch nicht Theil. Prof. Fränkel hofft, daß der Minister bei milderer Witterung Ende der Woche wieder ausfahren kann. — Die Kanalvorlage soll Ende dieses Monats, spätestens Anfang März dem Abgeordnetenhause zugehen. Die Verzögerung ist vornehmlich durch Herrn v. Miquel's Krankheit herbeigeführt, wegen welcher wiederholt Konferenzen der betheiligten Minister unterbleiben bez. aufgeschoben werden mußten. In parlamentarischen Kreisen wurde heute eine angebliche Aeußerung des Herrn v. Miquel kolportirt, wonach er nach Erledigung der Kanalvorlage sich ins Privatleben zurückzuziehen beabsichtige und in Frankfurt a. M. Wohnung nehmen wolle. — Der Unterausschuß der Budgetkommission des Reichstags für die Postscheck-Ordnung hat nicht, wie gemeldet wurde, beschlossen, daß die Gelder bei der Reichsbank, bei der Seehandlung und der Centralgenossenschaftskasse angelegt werden sollen, sondern nur, daß die Bedingung gestellt werde, daß die Reichsbank wesentlich höhere Zinsen für die Gelder zahlen müsse, als die angebotenen 1,2 Proz. Wolle die Reichsbank sich hierauf nicht einlassen, so müsse mit der Seehandlung oder anderen sicheren Bankinstituten verhandelt werden; auch sei in's Auge zu fassen, ob nicht das Reich selbst eine angemessene Verzinsung übernehmen könne. — Der Reichskommissar für die Pariser Weltausstellung hat mit den in Deutschland thätigen Feuerversicherungsgesellschaften eine Vereinbarung getroffen, betreffend die Versicherung der in der deutschen Abtheilung der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 ausgestellten Gegenstände gegen Feuersgefahr. Die geschäftliche Bearbeitung aller auf die Feuerversicherung der Ausstellungsgegenstände bezüglichen Angelegenheiten ist der Subdirektion der Aachener und Münchener Feuerversicherungsgesellschaft in Berlin übertragen worden. — Das Befinden des Abg. Dr. Lieber ist unverändert; es wird davon gesprochen, daß ev. eine Gallensteinoperation nöthig werden könnte. — Nach Mittheilungen aus Brüssel sind mit dem Oberleutnant Plehn noch 5 Leute von seiner Expedition am Ngoko von den Eingeborenen getödtet worden. — 19 Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage sind von den Sozialdemokraten auf Mittwoch Abend hier einberufen worden. Es soll diesen Versammlungen eine gleichlautende Resolution vorgelegt werden, in der die sozialdemokratische Partei die Flottenvorlage als eine unnöthige Belastung des Volkes erklärt.

Berlin. Nach dem in der heutigen Aufsichtsrathssitzung der Nationalbank für Deutschland vorgelegten Ausweis über das abgelaufene Geschäftsjahr betrug der Bruttogewinn der Bank 8,788,999 Mk., der Reingewinn 6,913,425 Mk. Die Direktion schlägt der für den 17. März bestimmten Generalversammlung eine Dividende von 8½ Proz., wie im Vorjahre, vor. — Das Jahresergebniß der Berliner Bank weist einen Bruttogewinn von 4,695,127 Mk. auf; der Reingewinn beträgt 3,633,067 Mk. Die Verwaltung beantragt, der für den 21. März einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 7 Proz., wie im Vorjahre, auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Weimar. Der Großherzog von Sachsen-Weimar empfing heute Abordnungen des Sächsischen Karabinier-Regiments, sowie preußischer Regimenter, die ihm anläßlich seines am 21. Dezember v. J. stattgehabten 60jährigen Militärjubiläums ihre Glückwünsche aussprachen. Am 21. Dezember hatte der Empfang der Deputationen mit Rücksicht auf die Gesundheit des Großherzogs nicht stattfinden können.

Aachen. Die Lage des Ausstandes im Wurmrevier ist im Allgemeinen unverändert, doch zeigt sich ein Ansatz zur Besserung. Heute waren 15 Proz. der Belegschaft ausständig gegen 18 Proz. am Sonnabend. Auf einer holländischen Grube der Vereinigungsgesellschaft fehlte die Hälfte. Auf den Gruben „Anna" und „Nordstern" fehlten alle holländischen Bergleute. Am morgenden Löhnungstag wird sich ein klares Bild ergeben. Indessen haben die Verwaltungen der Vereinigungsgesellschaft sowohl als des Eschweiler Bergwerkvereins keinerlei Befürchtungen.

Wien. Heute Nachmittag fand die erste Sitzung der von der Regierung zur Schlichtung der nationalen Differenzen in Böhmen und Mähren einberufenen Konferenz statt. Der Ministerpräsident begrüßte die Versammlung und hob den Wunsch hervor, Frieden zu stiften in dem alten ehrwürdigen Reiche, das schon allzulange durch den unseligen nationalen Kampf zerklüftet und in seinem wirthschaftlichen Gedeihen schwer geschädigt worden sei. Engel erklärte namens der böhmischen Volksparteien ihre Bereitwilligkeit, an der Einengung des nationalen Kampfes mitzuarbeiten; Funke sprach sich in gleichem Sinne aus. Beschlossen wurde, morgen über die mährische und am Mittwoch über die böhmische Angelegenheit zu verhandeln.

Wien. Den Blättern zufolge dürfte der Ausstand im Ostrau-Karwiner-Revier durch weitgehende Konzessionen der Gewerke bald beigelegt sein. Das Einigungsamt tritt heute oder morgen zusammen; man hofft einen günstigen Erfolg desselben, da beide Parteien zu einem gütlichen Vergleiche bereit sind.

Prag. Bei der heute wiederholten Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Vizebürgermeister Srb mit 83 Stimmen gegen Podlipny gewählt, welcher 41 Stimmen erhielt. Nach der Wahl fanden auf der Galerie sowie vor dem Rathhause Kundgebungen für Podlipny und für Srb statt.

Prag. Nach Berichten aus Dux, Schlan, Teplitz-Schönau und Kladno ist die Lage in den Ausstandsgebieten unverändert. In Pilsen ist die Lage theilweise gebessert. In Nürschan beschlossen die Arbeiter, auf die dem Einigungsamte mitgetheilten Bedingungen der Werkbesitzer nicht einzugehen, sondern im Ausstande zu beharren.

Aussig. Die für gestern angekündigte Frauenversammlung ist verboten worden. — Eine von dem deutschnationalen Arbeiterbunde veranstaltete Versammlung beschloß einstimmig eine Resolution gegen den sozialdemokratischen Abg. Schrammel, weil derselbe Uneinigkeit in die Bergarbeiterschaft trage. Die Versammlung wurde schließlich aufgelöst.

Troppau. Der Ausstand im Ostrau-Karwiner-Steinkohlen-Revier dauert fort. Das Einigungsamt wird wieder in Teschen zusammentreten. Das Ausstandskomitee wählte ein aus 4 Mitgliedern bestehendes Unterkomitee, welches nach einem eventuell fruchtlosen Verlaufe der Berathungen des Einigungsamtes unter der Führung von Abgeordneten nach Wien entsandt werden dürfte. — Die Oderberger Röhrenwalzwerke haben den Betrieb wegen Kohlenmangels theilweise eingestellt. Die Ruhe ist bisher nicht gestört.

Neapel. Prinz Heinrich von Preußen ist an Bord der „Prinzessin" hier eingetroffen.

Antwerpen. Nach hier eingelaufenen Depeschen sind an der japanischen Küste in Folge der letzten Stürme 40 Schiffe untergegangen, wobei etwa 200 Personen um's Leben kamen.

London. Reuter's Bureau ist ermächtigt, zu melden, daß der Botschafter Monson in Paris sich mit Urlaub nach der Riviera begeben hat.

London. Reuter's Bureau erfährt, entgegen der Meldung, nach welcher General Buller den Tugela wieder überschritten habe und auf Ladysmith marschire, daß nach Mittheilung des Kriegsamtes Alles darauf hindeute, daß die Lage an der Front ruhig und keine sofortige Bewegung zu erwarten sei. Bezüglich der Meldung, daß die Geschütze des Generals Buller in Ladysmith hörbar gewesen seien, wird angenommen, daß es sich um Schießübungen mit soeben an der Front eingetroffenen neuen Batterien handle.

Konstantinopel. Die augenblicklich im Yildiz-Kiosk herrschende Mißstimmung gegen das Bagdadbahnprojekt wird auf Machenschaften der Konkurrenzgruppe zurückgeführt, welche auch die Flucht Mahmud Paschas veranlaßte, um dadurch einen Druck auf den Sultan auszuüben.

New-York. In verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten wurden gestern Versammlungen abgehalten, die sich gegen Englands Politik aussprachen. In der Akademie für Musik in New-York sprach Miß Maud Gonne vor einer gewaltigen, hauptsächlich aus Iren bestehenden Zuhörerschaft. Sie verurtheilte auf das Schärfste Englands Politik und erklärte, es sei jetzt die Zeit für die Iren gekommen, die Ketten abzustreifen. In einer Versammlung zu Buffalo bezeichnete der Führer der Heilsarmee Booth den Krieg in Südafrika als den ungerechtesten, auf den je die Sonne geschienen habe. In der behufs einer Sympathiekundgebung für die Buren einberufenen und von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung zu Baltimore hielten Mitglieder des Kongresses und

Densow's Eiernudeln | **Germania-Maccaroni** | werden allgemein bevorzugt.